

Schmahl, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version

Das Ende einer Illusion

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmahl, Hans-Jürgen (1968) : Das Ende einer Illusion, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 48, Iss. 11, pp. 609-610

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133902>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Das Ende einer Illusion

Noch bietet sich der Öffentlichkeit ein ungetrübtes Bild unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Noch herrscht die Vorstellung, hoher Beschäftigungsstand, angemessenes Wirtschaftswachstum und Preisstabilität seien in geradezu idealer Weise zugleich erreicht. Dabei ist das vierte vom Gesetzgeber in § 1 des Stabilitätsgesetzes geforderte Ziel, das außenwirtschaftliche Gleichgewicht, allerdings bereits ausgeklammert. Unsere unvermindert hohen Ausfuhrüberschüsse werden vielfach nur als ein Schönheitsfehler in einer ansonsten harmonischen Entwicklung angesehen. So konnte der Bundeswirtschaftsminister jüngst nicht ohne Genugtuung eine britische Stimme zitieren, die kurz und bündig feststellte: „Die Inflation hört am Rhein auf.“

Bei näherer Betrachtung klingt dieses Zitat aus dem Munde von Minister Schiller allerdings eher wie eine Beschwörungsformel. Denn in Wahrheit ist der nächste Preisschub „just around the corner“. Genau besehen hat der Verlust der inneren Stabilität sogar bereits begonnen. Der Preisindex für die Lebenshaltung steigt seit dem Sommer an, läßt man lediglich saisonbedingte Preissenkungen außer acht. Im übrigen sieht das Bild schon jetzt nicht gerade günstig aus, wenn die Nahrungsmittelpreise unberücksichtigt bleiben, die noch merklich niedriger sind als vor einem Jahr, da das Angebot ungewöhnlich groß war. Ohne Nahrungs- und Genußmittel war der Index im September schon um 3,3 % höher als vor Jahresfrist. Nun ist auch ein Anstieg der Nahrungsmittelpreise zu verzeichnen, und damit wird die Verstärkung des Preisauftriebs bald für jedermann sichtbar werden. Nach der jüngsten Prognose der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute wird sich das Niveau der Verbraucherpreise in den nächsten 12 Monaten um etwa 3 % erhöhen.

An dieser Aussicht gib es nichts zu beschönigen. Es wäre auch sinnlos, ja gefährlich, auf sie nicht mit aller Deutlichkeit hinzuweisen. Die mündige Gesellschaft hat ein Recht auf Information, und die Wirtschaftspolitik kann kein Verständnis für Maßnahmen erwarten, deren Notwendigkeit nicht bekannt ist. Die meisten Fachleute sind sich zwar darüber einig, daß Preisstabilität vernünftigerweise nicht als Indexstabilität ausgelegt werden kann. Das verbietet schon die Konstruktion unserer Preisindexziffern, die z. B. einen Teil der Qualitätsverbesserungen als Preiserhöhungen wiedergeben. Doch 3 % Preisanstieg binnen Jahresfrist bedeuten einwandfrei eine Verletzung des Ziels „Preisstabilität“. Natürlich kann auch der Hinweis nicht verfangen, die amtliche Wirtschaftspolitik strebe ja, wie der mittelfristigen Projektion der Wirtschaftsentwicklung zu entnehmen sei, Preisstabilität erst für das Schlußjahr, nunmehr 1973, an. Dieses Schlußjahr wird jährlich weiter verlegt, und damit ist das Ziel eines Anstiegs des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus um nur noch 1 % pro anno nun schon zweimal hinausgeschoben worden. Es geht jetzt um die Frage, wie hoch der Realitätsgehalt des quantifizierten Ziels „Preisstabilität“ ist, denn davon hängen die wirtschaftspolitischen Konsequenzen ab, die aus der gegenwärtigen Entwicklung zu ziehen sind.

Zunächst muß festgestellt werden, daß die Meinungen über die Bedeutung der Preisstabilität in unserem Lande sehr weit auseinandergehen. Die Reaktion auf

die Preisprognose der Wirtschaftsforschungsinstitute ebenso wie die Bewertung dieser Prognose durch einen Teil der Institute selbst hat deutlich gemacht, daß viele die zu erwartende Größenordnung des Preisanstiegs in bestimmten Phasen des Konjunkturzyklus als kaum vermeidbar und jedenfalls als tolerierbar ansehen. Es ist wohl auch nicht zu bezweifeln, daß unter den Wirtschaftspolitikern die Vorstellungen über das Ausmaß des hinzunehmenden Preisanstiegs auseinandergehen, daß die 1 %-Definition von manchen mehr als pädagogische Richtmarke denn als realistische Zielvorstellung angesehen wird. In der Tat sind trotz der Lösungsmodelle, wie sie etwa der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung seit Jahren entwickelt hat, die Zweifel geblieben, ob auch in der Realität angesichts des Zielkonflikts zwischen Stabilität und Wachstum ein so hochgestecktes Ziel erreichbar ist.

Nun, die Bundesregierung ist auf jeden Fall auf das gesetzlich fixierte Ziel der Preisstabilität verpflichtet. Das bedeutet zumindest, daß sie etwas gegen einen verstärkten Preisauftrieb tun muß, solange sie das ohne Gefährdung der anderen gesetzlichen Ziele kann. Die Wahl der Mittel setzt allerdings ein Urteil über die Natur dieses Preisauftriebs voraus. Ist er in erster Linie durch einen Kostenauftrieb bedingt, der sich aus dem Zusammentreffen schwächer werdender Produktivitätsfortschritte mit verstärktem Lohnanstieg erklärt, ohne daß das Angebot überfordert würde? Dann wäre eine Politik der Nachfragebegrenzung durch Restriktionen nutzlos. Ist der Preisauftrieb dagegen vorwiegend mit einem starken Nachfragesog zu erklären, wären restriktive Maßnahmen geeignet. Vieles spricht dafür, daß 1969 ein kräftiger Nachfragesog den Preis- und Kostenanstieg begünstigen wird, daß also Restriktionen angebracht wären. Aber dann würde sich die Ohnmacht zeigen, in der sich unsere Wirtschaftspolitik wegen des hohen Außenbeitrags (volkswirtschaftlicher Exportüberschuß) befindet. Jede Restriktionsmaßnahme vergrößert nämlich tendenziell die Exportüberschüsse, und kreditpolitische Restriktionen bremsen darüber hinaus den Kapitalexport. In der gegenwärtigen Situation scheiden daher sowohl finanz- wie kreditpolitische Maßnahmen zur Drosselung des Nachfrageanstiegs aus.

Übrig bleibt dann nur, den Preis- und Kostenauftrieb hinzunehmen, wobei es eine offene und sehr ernste Frage ist, welche Größenordnung er 1970 annehmen wird. Oder man muß die DM aufwerten. Damit würden gleich mehrere Effekte erzielt. Eine Aufwertung würde einer Übernachfrage entgegenwirken, die bestehende Diskrepanz zwischen dem in- und ausländischen Preis- und Kostenniveau verkleinern oder beseitigen, damit den Preisauftrieb dämpfen und den „Geldentwertungszuschlag“ bei neuen Lohnabschlüssen verringern. Auch die außenwirtschaftlichen Überschüsse würden abnehmen, wenn auch bei vorsichtiger Dosierung des Aufwertungssatzes zunächst nur in begrenztem Umfang. Nun gibt es neben diesen erwünschten auch unerwünschte Wirkungen einer DM-Aufwertung. Für die stark exportabhängigen Wirtschaftszweige ist eine Aufwertung nicht ohne Risiko. Freilich wird dessen Größe zumeist erheblich übertrieben. Die gegen eine Aufwertung Sturm laufenden Interessenten übersehen außerdem regelmäßig, daß eine inflatorische Preis- und Kostenanpassung ihre Lage möglicherweise nicht weniger als eine Aufwertung erschwert, wenn auch nicht so abrupt.

Wer keine Aufwertung der DM will, etwa weil er mögliche Folgen für die exportorientierten Wirtschaftszweige (oder auch nur die politisch wirksame Reaktion der Betroffenen) fürchtet, muß sich über die Alternative klar sein. Wer in der gegenwärtigen Lage gegen Aufwertung ist, der ist auch gegen das mögliche Maß von Preisstabilität. Der muß bereit sein, alle Konsequenzen einer Anpassungs-„Inflation“ auf sich zu nehmen, die zeitweilig außer Kontrolle geraten kann. Die schon früheren Erfahrungen widersprechende Illusion, die Bundesrepublik könnte in einer wenig stabilitätsbewußten Umwelt ohne Wechselkursveränderung eine Insel der Stabilität sein, ist zu Ende. Nach einem neuen Preisschub aber wird die „ökonomische Landschaft“ nicht mehr die gleiche sein wie jetzt. Jene Einstellung zur Geldentwertung wird neuen Auftrieb bekommen haben, die ihrerseits die Unstabilität begünstigt. Und die Zweifel werden gewachsen sein, ob es eine rationale Wirtschaftspolitik überhaupt geben kann, ob der Begriff nicht ein Widerspruch in sich ist.

Hans-Jürgen Schmahl